

Sie bestäuben
Blüten und
bekämpfen
Schädlinge:
Warum wir die
Wespen lieben
sollten

Seite 45



Auf das Drama folgt der Boom: Wie der
wilde K2 zum neuen Everest wurde

Seite 40



Spielt häufig den
Faschisten, nie
den Schönling:
Der Schweizer
Schauspieler
Joel Basman

Seite 51

NZZ am Sonntag

22. August 2021 | Nr. 34 | NZZaS.ch | Fr. 6.50 | € 6.50

Impfkampagne erreicht Migranten nicht

Die vierte Corona-Welle trifft
zum Grossteil Ausländer. Die
Behörden wollen sie nun
gezielter ansprechen. Auch
Firmen stehen in der Pflicht.
**Stefan Bühler, René Donzé,
Mirko Plüss**

In den Spitälern liegen zum gros-
sen Teil Covid-19-Patienten mit
Migrationshintergrund. Etliche
sind eben erst aus den Ferien im
Heimatland zurückgekehrt. Viele
von ihnen sind schlecht qualifi-
ziert und schlecht informiert. Das
bestätigen Medizinerinnen und
Politiker. «Aufgrund dessen, was
ich aus den Spitälern höre, ist das
ein Problem», sagt der Präsident
der kantonalen Gesundheits-
direktoren, Lukas Engelberger.
Offensichtlich hat die Impf-
kampagne diese Bevölkerungs-
gruppen bis jetzt kaum erreicht.
Nun verstärken die Kantone ihre
Bemühungen: Per Whatsapp, mit
Flyern, über Vereine, Integra-
tionsstellen und Botschaften wol-
len sie an die Migranten gelangen.

Dennoch befürchtet Engelberger,
dass das Problem mit der näch-
sten Reisewelle noch grösser wird.
Darum wird er beim Bund eine
unpopuläre Massnahme vor-
schlagen: «Wir müssen uns ernst-
haft überlegen, die Einreisequa-
rantäne wieder einzuführen.»
Auch die Betriebe sollten ver-
mehrt in die Kampagne einge-
bunden werden, sagt Marius
Brühlhart, Wirtschaftsexperte in
der wissenschaftlichen Corona-
Task-Force, «gerade da ein be-
trächtlicher Teil der Ungeimpften
eher bildungsfernen Arbeiter-
milieus zu entstammen scheint». Das
würde sich für die Firmen
auch rechnen. Die Botschaft ist
dort angekommen. «Die Wirt-
schaftsdachverbände, Arbeit-
geberverband, Gewerbeverband
und Economiesuisse überlegen
sich zurzeit, wie wir mithelfen
können, die Impfquote zu er-
höhen», sagt Arbeitgeberpräsi-
dent Valentin Vogt.

Seite 10
Kommentar Seite 17

Der öV buhlt mit flexiblen Abos um Pendler

Die Fahrgastzahlen im öffent-
lichen Verkehr bleiben tief, viele
Pendler erneuern ihre Abos nicht
mehr. Nun wollen die Verkehrs-
unternehmen sie mit flexiblen
Tickets zurückholen. «Wir stehen
am Anfang einer grundlegenden
Veränderung beim Billettverkauf
im öffentlichen Verkehr», sagt
Preisüberwacher Stefan Meier-
hans. So testet etwa der Verkehrs-

verbund A-Welle in den Kantonen
Aargau und Solothurn ein Abo
mit Kostendach. Dabei misst eine
App die Fahrten, die ein Gast zu-
rücklegt. Stellt sich nach einem
Monat heraus, dass er mit einem
Abo günstiger gefahren wäre,
erhält er eine Gutschrift. (mju.)

Seite 23
Kommentar Seite 17



Schweizer Mutti

Sie ist pragmatisch, vernetzt und tritt bescheiden auf - wie
die deutsche Bundeskanzlerin: So wurde Viola Amherd zur
populären Bundesrätin und zu einem Idol für Frauen.

Seite 18

Sieben Tage Schrecken unter den Taliban

Vor einer Woche sind die Taliban
in Afghanistans Hauptstadt Kabul
einmarschiert. Seither herrscht
Angst und Chaos in der Millio-
nenstadt. Vor dem Flughafen, als
einzigem Tor zur Aussenwelt,
hoffen Tausende auf einen Platz
in einem Flugzeug. Binnenflücht-
linge wiederum suchen Schutz im
eigenen Land. In einem Tagebuch
schildern vier Frauen und Män-
ner, was sie in der ersten Woche
durchgemacht haben und wie sie
ihre Zukunft sehen.
Der Schweiz ist es bisher nicht
gelingen, die lokalen Mitarbei-
tenden des Büros des Aussen-
departements in Afghanistan und
deren Familien zu evakuieren.
Der für Samstag geplante Charter-
flug wurde aus Sicherheitsgrün-
den verschoben. Derweil bringt
sich die Schweiz als Gastgeberin
einer Afghanistan-Konferenz ins
Spiel: Aussenminister Ignazio
Cassis hat Staatssekretärin Livia
Leu den Auftrag erteilt, diese
Option zu prüfen, wie zwei Quel-
len bestätigen. (aku./vmt.)

Seite 2, 5, 13
Kommentar Seite 15



**Wir werden alles
tun, um eine
Verschiebung der
deutschen Politik
nach links zu
verhindern.**

Christian Lindner, Chef der
deutschen FDP, über seine Pläne
bei Koalitionsgesprächen. **Seite 7**



FEDERNDES GOLD
Ein technisches Wunder.

Zermatt: Juwelier Schindler • Zug: Lohri • Basel: Seiler • Bern: Zigerli+Iff • Samnaun: Zegg • Ascona: Zenger • Olten: Adam
St. Gallen: Labhart Chronometrie • Luzern: Les Ambassadeurs • Chur: Zoppi • Zürich: Les Ambassadeurs und Beyer



Wirtschaft

Schneller Mobilfunk

Neue 5G-Antennen bekommen vom Bund grünes Licht. Das ermöglicht besseres Surfen **25**

Auf dem Schleudersitz

Die meisten Chefs müssen zu früh gehen – optimal wäre eine Amtsdauer von 14 Jahren **26**

Wegen der Pandemie meiden Fahrgäste den öffentlichen Verkehr. Nun locken die Verkehrsbetriebe Pendler mit Teilzeit-Abos und innovativen Billettangeboten zurück.

Von Jürg Meier



Warten auf die Pendler: Die Passagierzahlen im öffentlichen Verkehr steigen zwar an, haben sich aber längst noch nicht erholt.

Jetzt kommen die flexiblen Abos für Bus, Bahn und Zug

Für die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs war die Pandemie eine Katastrophe – und sie bleibt eine. Die Fahrgastzahlen brachen im Lockdown im letzten Jahr um zwei Drittel ein. Die Erholung kommt viel langsamer voran, als die Branche gehofft hatte. Im zweiten Quartal 2021 lag die Auslastung rund 40% tiefer als 2019, dem Jahr vor Corona. Die Lächer in den Kassen werden immer grösser.

Nun wollen die Verkehrsbetriebe wieder mehr Menschen dazu bringen, mit Zug, Tram und Bus zu fahren. Ab dem 1. September wird der Tarifverbund nutzt dafür die Technologie des Schweizer Informatikunternehmens Fairtiq, die auch in der SBB-App integriert ist.

Das Angebot will ÖV-Kunden zum Wiedereinstieg bewegen, die während der Pandemie ihr Abo aufgegeben haben. Und die unsicher sind, ob sich ein solches für sie noch lohnt. Dank der Plafonierung der Kosten sind sie diese Sorge bei der A-Welle vorerst los.

Gutschrift für den Folgemonat

Der sechsmonatige Testlauf funktioniert so: Zum Start und zum Ende ihrer Reise drücken die Kunden in der App auf einen Knopf. Die App ortet sie während der Fahrt mit GPS und Wi-Fi. Am Abend verrechnet das Programm automatisch den günstigsten Preis. Neu ist nun: Nach einem Monat ziehen die Algorithmen der App Bilanz. Wer mehr gefahren ist, als ihn ein A-Welle-Abo gekostet hätte, dem stellt die App nur den Preis eines Abos in Rechnung. Für die zu viel bezahlten Billette erhalten Kundinnen und Kunden eine Gutschrift, die sie ab dem Folgemonat verbrauchen können.

Im Versuch der A-Welle kommt noch ein Zuschlag von 10% hinzu. Damit will das Verkehrsunternehmen sicherstellen, dass ÖV-Kunden, die ihr Abo wie bisher im Voraus bezahlen, weiterhin am günstigsten fahren.

«Als Kunde der A-Welle bezahlt man dank dem neuen Angebot aber nie mehr als den Abopreis plus 10%», erklärt Fairtiq-Geschäftsführer Gian-Mattia Schucan. Bei einem Zweitklasse-Abo für 1 bis 2 Zonen sind das zum Beispiel 91 Franken plus Fr. 9.10. Die korrekte Anzahl Zonen berechnet die App ebenfalls automatisch.

Die aus über 130 Betrieben bestehende ÖV-Branche hatte solche Versuche lange abgeblockt. Der Grund: In der Pandemie waren die Abos ihre Lebensversicherung. Die Kunden durften zwar den ÖV nicht mehr benutzen

Fahrgastzahlen

Der öffentliche Verkehr bleibt im Tief

Die Pandemie hat in ganz Europa Auswirkungen auf die Mobilität. Eine Studie der Boston Consulting Group (BCG) schätzt: Bis 2025 wird der Gesamtverkehr im Vergleich zur Zeit vor Corona um 10% sinken. In der Schweiz resultiert gar ein Minus von 15%. Besonders betroffen ist der regionale Zugverkehr. In der Schweiz geht die Studie – sie beruht auf einer repräsentativen Umfrage – von einem Rückgang von einem Viertel aus. Einzig in den Niederlanden und in Belgien ist der erwartete Rückgang der Passagierzahlen noch höher. Der öffentliche Verkehr in den Schweizer Städten wird gemäss der Studie 13% an Frequenz verlieren, der von der SBB betriebene Fernverkehr 10%.

Die Studie nennt mehrere Gründe für diese Entwicklung. Weil sich Home-Office etabliert hat, nimmt der Pendlerverkehr ab. Dieser werde in der Schweiz im Vergleich zur Zeit vor Covid über alle Verkehrsträger gesehen um ein Fünftel tiefer liegen. Unternehmen und Privatpersonen werden zudem aus Gründen des Klimaschutzes auf Fahrten verzichten. (mju.)

– aber sie hatten zum Glück ja bereits bezahlt. Nun scheint die Stimmung zu drehen. «Auch andere Unternehmen in der Branche machen sich Überlegungen zu neuen und flexibleren Abo- und Billettformen», sagt Fairtiq-Chef Schucan.

Das hat mehrere Gründe: Zwar ist das Virus eingedämmt, aber noch nicht besiegt. Viele Kunden wissen nicht, wann sie wieder ins Büro können. Zudem wurden schon vor der Pandemie Teilzeitarbeit und Home-Office beliebter. ÖV-Kunden sind zu Teilzeit-Pendlern geworden. Die Pandemie hat diese Entwicklung beschleunigt. Eine Rückkehr zur guten alten Zeit ist nicht in Sicht (siehe Kasten).

Preisüberwacher Stefan Meierhans kritisiert die veralteten Billettangebote im öffentlichen Verkehr schon seit langem. Eine Auswertung zeigte kürzlich: Meist lohnt sich der Kauf eines Abonnements nur dann, wenn die Kunden es an mindestens drei Tagen der Woche nutzen – und das meistens auch erst, wenn sie längere Distanzen fahren.

Dank digitalen Technologien wie jener von Fairtiq sind nun aber völlig neue Angebote möglich geworden, mit denen die Verkehrsbetriebe dieser Entwicklung Rechnung tragen können. So lassen sich Angebote programmieren, bei denen ÖV-Nutzer einen umso höheren Mengenrabatt erhalten, je mehr sie fahren. Oder man kann ein Abo für 8 oder 10 Tage pro Monat kreieren – ideal für all jene Nutzer, die nur einen oder zwei Tage pro Woche ins Büro pendeln. Möglich ist auch, die App mit einem bestimmten Betrag zu laden – und dafür einen Rabatt zu erhalten.

Die Fokussierung der Branche auf den «klassischen Vollzeitpendler» sei nicht erst seit der Pandemie überholt, sagt Meierhans. Die Verlagerung der Arbeit ins Home-Office lasse sich nicht mehr rückgängig machen. «Schafft die Branche jetzt keine neuen, flexibleren Billett- und Aboformen, ist die Gefahr gross, dass viele Menschen den ÖV gar nicht mehr benutzen.» Auch darum begrüsst Meierhans Versuche in den Verbänden des öffentlichen Verkehrs. In die richtige Richtung geht

“

«Die Fokussierung der ÖV-Branche auf den klassischen Vollzeitpendler ist nicht erst seit der Pandemie überholt.»

Stefan Meierhans, Preisüberwacher

für ihn auch ein Test des Anbieters Mobilis im Kanton Waadt. Dieser bietet neu ein regionales «FlexiAbo» an. Es ist an 104 oder an 156 frei wählbaren Tagen des Jahres gültig.

Auch die Wirtschaft will vom öffentlichen Verkehr mehr Flexibilität. Viele Firmen bieten den Mitarbeitenden nicht mehr einfach ein Firmenauto an. Sondern ein Budget für die Mobilität. Die Mitarbeitenden können damit entweder ein repräsentatives Auto anschaffen – oder das Budget anders aufteilen. Sie können zum Beispiel ein kostengünstiges Auto wählen und «den Rest für ein Streckenabo und ein Elektrovélo verwenden», erklärt Pascal Seeger, Geschäftsführer von Arval Schweiz. Der in 30 Ländern tätige Dienstleister bietet Firmen Mobilitätslösungen an.

«Flexiblere Ticketformen entsprechen einem grossen Bedürfnis von Firmen und deren Angestellten», sagt Seeger. So benötigen viele Angestellte im Sommer keine Abos, weil sie dann mit dem Velo unterwegs sind. Dafür nutzen sie den öffentlichen Verkehr im Winter. «Heute fehlt es an Angeboten, die solche Bedürfnisse abdecken.»

Unternehmen wollen sparen

Den Unternehmen geht es dabei nicht nur um das Wohlergehen der Mitarbeiter. Sondern auch ums Sparen. Sie wollen «vermehrt die Mobilität finanzieren, die wirklich von den Mitarbeitenden benötigt wird», sagt Seeger.

Laut Fairtiq-Chef Schucan zögern viele Firmen inzwischen, weiterhin einigen wenigen teure Generalabos zu finanzieren, die diese im Home-Office gar nicht mehr benötigen. Das Geld sparen sie lieber ein – oder sie verteilen es zielgenau an mehr Mitarbeitende. Fairtiq arbeitet mit Unternehmen zusammen, die den Angestellten ein frei verfügbares ÖV-Guthaben zur Verfügung stellen. Bei einer Firma erhalten Mitarbeiter 60 Franken pro Monat, wenn sie auf den Parkplatz verzichten.

Aus Sicht von Preisüberwacher Meierhans ist eines klar: «Wir stehen am Anfang einer grundlegenden Veränderung beim Billettverkauf im öffentlichen Verkehr.»

NZZ am Sonntag

Impfkampagne

Jetzt müssen die Behörden auf die Migranten zugehen

Die Corona-Krise hält unserem Land schonungslos den Spiegel vor. Was man darin auch sieht: wie weit gewisse Bevölkerungskreise von der Gesellschaft entfernt sind. In den Spitälern wächst die Zahl der Covid-19-Patienten wieder bedrohlich, und meist liegen dort nun Menschen mit Migrationshintergrund, die ungeimpft sind. Wieso ihr Impfschutz fehlt, dafür mag es im Einzelfall unterschiedliche Gründe geben. Und natürlich dürfte man auch von ihnen mehr Eigenverantwortung erwarten. Die Realität indes zeigt: Viele dieser Patienten haben sich kaum mit der Impfung befasst, offensichtlich zielen die Behörden mit ihren Kampagnen an weiten Kreisen vorbei. Bund, Kantone und Gemeinden müssen darum dringend überlegen, wie sie auch Menschen erreichen, die bildungsfern sind oder nur wenig soziale Kontakte haben; Menschen, die keine Zeitung lesen, ausländische TV-Sender schauen und tagsüber keine Zeit haben, im Internet Newsticker zu verfolgen und Impftermine zu suchen. Dazu werden Pressekonferenzen, Faktenblätter und Videos nicht genügen. Ein Clip etwa, der auf Albanisch fürs Impfen wirbt, wurde seit Februar nur 519-mal angeklickt. Man muss aktiv mit den Menschen in Kontakt treten, sei es am Arbeitsplatz, im Verein oder im Quartier. Gefragt ist also schleunigst, wofür sich das Land immer gerne lobt: mehr Bürgernähe. *Daniel Friedli*

Öffentlicher Verkehr

Es ist höchste Eisenbahn für flexiblere Ticketangebote

Die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs haben sich in der Pandemie nicht mit Ruhm bekleckert. Zuerst redete die Branche die Gefahren klein und wehrte sich lange gegen die Maskenpflicht. Dann verharmloste sie die Folgen. Noch im April sagte SBB-Chef Vincent Ducrot: Sobald die Home-Office-Pflicht aufgehoben sei und die Restaurants öffneten, würden die Menschen wieder in den Zug steigen. Dabei ist inzwischen allen klar: Die Welt wird kaum mehr die gleiche sein. Schon vor der Pandemie nahm die Arbeit im Home-Office zu. Nach der Pandemie werden sich die Angestellten dieses Privileg nicht mehr nehmen lassen. Zum Glück startet der Tarifverbund A-Welle nun einen Test mit flexiblen Abos. Das darf aber nur der Anfang sein. Dank der Digitalisierung ist es heute zum Beispiel möglich, allen Reisenden im Nachhinein den günstigsten Preis für ihre Fahrt zu verrechnen. Damit und mit anderen Innovationen lassen sich attraktive Angebote für Pendler, Wenigfahrer, Ausflügler oder Jugendliche entwickeln. Und dafür ist es höchste Eisenbahn. Zu lange hat sich die Branche auf ihren unbestrittenen Errungenschaften wie dem dichten Fahrplan oder dem grossen Streckennetz ausgeruht. *Jürg Meier*

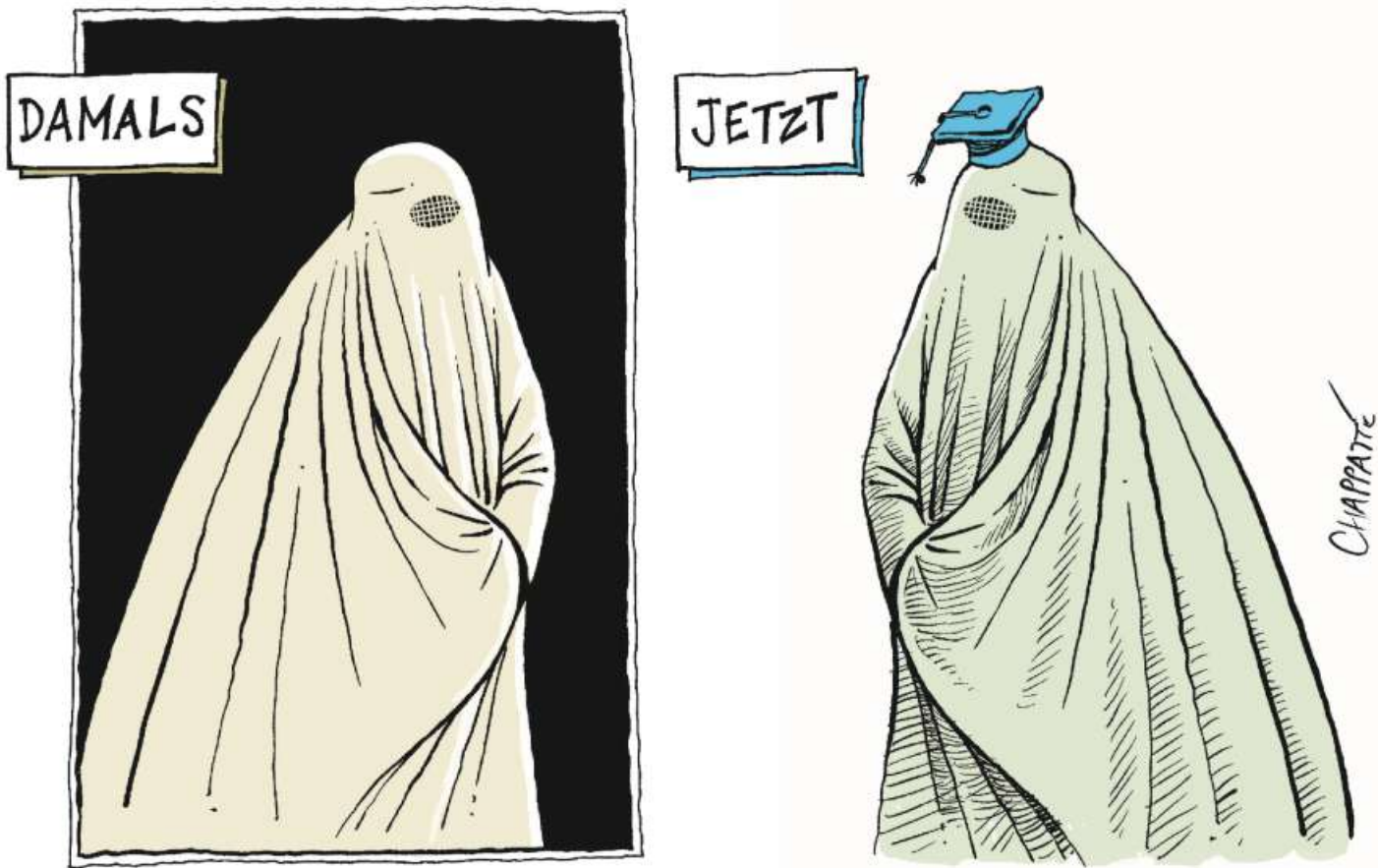
Deutschland

Eine Wahl, so offen wie noch nie

Es hat schon knappe Ausgänge bei Bundestagswahlen gegeben, auch grosse, richtungsweisende, aber es gab noch keine Wahl, die so unentschieden und offen ihrem Ende entgegenwaberte wie diese: Der SPD-Kanzlerkandidat ist im Aufwind, der Kandidat der Union im Abwind, die möglichen Koalitionspartner - Grüne und FDP - halten sich nun so ungefähr. Aber ein klares Bild ergibt sich daraus nicht. Dass Olaf Scholz, der Sozialdemokrat mit der linken Parteiführung im Nacken, am Ende die nächste Regierung anführt, ist nicht recht vorstellbar. Dass Armin Laschet, der Unions-Kandidat, als Wahlverlierer mit minus zehn Prozent ins Kanzleramt eilt, scheint kaum weniger vermessen. Sicher ist nur: Die Briefwahl hat diese Woche begonnen. *Markus Bernath*

Chappatte

Frauenrechte bei den Taliban



Der externe Standpunkt

In der Volksschule hat das Volk immer weniger zu melden

Der Einfluss einer kleinen bildungspolitischen Elite auf den Unterricht wächst, der gesunde Menschenverstand der politischen Vertreter wird marginalisiert. Das kann nicht gutgehen, meint **Yasmine Bourgeois**

Kürzlich hat die Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung einen Leitfaden für genderechte Sprache in der Schule herausgegeben, unter Mithilfe der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Darin wird neben naheliegenden, aber meist überflüssigen Empfehlungen auch angeregt, im Unterricht Gendersternchen zu verwenden. Alle Umfragen, die seither öffentlich wurden, haben eine klare Ablehnung solch unregelter Schreibweisen ergeben. Selbst die oberste Lehrerin und der Präsident der Deutschlehrkräfte raten davon ab. Den Vorgaben des zuständigen Rats für deutsche Rechtschreibung entspricht die Empfehlung ohnehin nicht. Trotzdem werden diese Falschreibungen in Zürcher Schulzimmern bald Pflicht sein. Woher ich das weiss? Weil sogenannte bildungspolitische Errungenschaften in den vergangenen Jahren stets so eingeführt wurden: an Politik und Bevölkerung vorbei, verkündet von einem exklusiven Zirkel pädagogischer Hochschulen oder Universitäten. So veröffentlicht die PHZH ihre Texte heute mit Gender-Doppelpunkt. Die Hochschule, die unsere Lehrer in korrektem Deutsch auszubilden hätte, verwendet bewusst Falschreibungen. Und die Uni Zürich eifert ihr nach. Die Zürcher Bildungsdirektion lässt lapidar verlauten, der Leitfaden sei ja nicht verbindlich. Dass dieser rasch in Schulprogrammen landet und damit faktisch sehr wohl verbindlich wird, nimmt man in Kauf. Anderes Beispiel, gleiches Prinzip: Im Jahr 2018 hat die Stadtzürcher Bevölkerung der Pilotphase II der Tagesschule zugestimmt. Vor der Abstimmung wurde die Tagesschule als freiwillige Wahlmöglichkeit verkauft, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Jetzt taucht im Evaluationsbericht plötzlich das Ziel auf, dass mindestens 90 Prozent der Kinder die Tagesschule besuchen sollten. Etwas, was die Bevölkerung nie beschlossen hat. Mit Anreizen und Druck wird dafür gesorgt, dass dieses Ziel auch erreicht wird. So wird aus einer sinn-

vollen Option eine faktische Pflicht, völlig unabhängig vom gewählten Familienmodell. Die Auflistung solcher Reformen, die vom Volk kaum goutiert würden, momentan aber trotzdem durchgedrückt werden, liesse sich lange fortsetzen: Die schleichende Abschaffung von Schulnoten und Hausaufgaben zählen dazu, aber auch neuartige Schulmodelle, bei denen gewisse Kinder kaum mehr auf die Wandtafel sehen. Das argumentative Strickmuster ist dabei meist dasselbe: Man ortet fehlende Chancengerechtigkeit, erstellt eine geeignete Studie und fordert zur Lösung des Problems «mehr Ressourcen». Probleme können offenbar nur gelöst werden, indem man immer mehr Geld verpulvert, immer mehr Personal ins Klassenzimmer stellt und letztlich niemand mehr für die Kinder verantwortlich ist. Eingeführt wird all dies über Weiterbildungen, Handbücher oder über Fachstellen für Schulbeurteilung. Wer diese Trends nicht mitmacht - selbst wenn sie weder rechtlich

zwingend noch demokratisch legitimiert sind -, wird kaltgestellt. Wer Kritik anbringt und den Gottesdienst stört, wird verhöhnt und mit Studien eingedeckt. Dabei gibt es keinen Grund für solche Selbstgerechtigkeit: Wenn all die kumulierten Reformen der letzten zwanzig Jahre auch nur halbwegs gehalten hätten, was die Studien versprochen hatten, würden wir heute Einsteins am Laufmeter produzieren. Pasziert ist das Gegenteil: Die Pisa-Resultate der Schweiz zeigen seit zehn Jahren nur noch nach unten. Wir leisten uns die zweitteuerste Volksschule der Welt. Unsere Bildungsergebnisse sind aber gerade noch Mittelmass. Die Ausrede ist schnell zur Hand: Schuld ist das Pisa-Studiendesign. Obwohl dieses bezüglich Methodik und Aussagekraft ziemlich allen sonst gerne zitierten Studien überlegen ist. So müssen wir uns mit Aussagen langjähriger Lehrmeister begnügen, die bei Lehrlingen zunehmend über lückenhafte Rechtschreib- und Mathematikkenntnisse klagen und - trotz dem hochgelobten selbstorganisierten Lernen - über eine oft komplett unterentwickelte Selbstständigkeit. Bildung ist keine Hexerei. Wenn Neuerungen völlig unplausibel klingen, sind sie es meist auch - passende Studien hin oder her. Indem man aber den gesunden Menschenverstand klein macht, marginalisiert man praktischerweise auch gleich das politische Aufsichtsorgan, die Schulpflegen: Weil ohnehin nichts zu melden hat, wer bei dem bildungspolitischen Geschwurbel nicht mithalten kann, können sich diese immer weniger einbringen. So heissen sie teilweise wolkig formulierte Schulprogramme gut, ohne sich der konkreten Folgen bewusst zu sein. Die Bevölkerung soll bezahlen, aber bitte schön schweigen. Dass derweil reichere Familien private Nachhilfe organisieren oder sich aus dem System herauskaufen, nehmen wir in Kauf. Im Schulkreis Zürichberg besucht rund jedes sechste Kind eine Privatschule. In Schwamendingen nicht einmal jedes fünft- und dreissigste. Rechne!

Yasmine Bourgeois



Yasmine Bourgeois, 47, ist seit 2018 Zürcher FDP-Gemeinderätin und Vizepräsidentin der für das Schulamt zuständigen Parlamentskommission. Ab diesem Sommer arbeitet sie als Schulleiterin. Die gelernte Hotelière liess sich zur Primarlehrerin ausbilden, unterrichtete während 17 Jahren und wirkte auch als Schulpflegerin.